

Antrag

der Abgeordneten Frau Dr. Neumeister, Immer (Altenkirchen), Spitzmüller und Genossen

Rheumabekämpfung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. dafür Sorge zu tragen, daß für die Zukunft eine aussagefähige Statistik über die Häufigkeit der einzelnen rheumatischen Erkrankungen und die Kosten der Krankenversicherungs- sowie Rentenversicherungsträger erstellt wird, wobei die vorhandenen Einrichtungen zur Datenerfassung – ohne Verletzung der Persönlichkeitsrechte des einzelnen – genutzt werden können;
2. ihren Einfluß geltend zu machen, um eine frühzeitige Krankheitserkennung, rechtzeitige Behandlung und wohnortnahe Durchführung der notwendigen Rehabilitationsmaßnahmen in Arztpraxen und geeigneten Krankenhäusern zu ermöglichen;
3. gemeinsam mit den Ländern zu prüfen, ob in stärkerem Maße als Ergänzung zu den bestehenden Kurkliniken in die einzelnen Krankenhausbedarfspläne eine ausreichende Zahl von rheumatologischen Betten und entsprechende Behandlungszentren aufgenommen werden können;
4. die Erfahrungen anderer Staaten im Hinblick auf spezielle gesetzliche Regelungen im medizinischen und im versicherungsrechtlichen Bereich auszuwerten und für die Praxis in der Bundesrepublik nutzbar zu machen;
5. in größerem Umfang Mittel insbesondere für die klinische Forschung über Ursachen, Art und Verlauf der Krankheiten des rheumatischen Formenkreises einzusetzen und Modelle für ambulante und klinische Behandlungen sowie Maßnahmen der Beratung und Betreuung zu unterstützen;

6. eine gezielte und umfassende Information der Öffentlichkeit und der betroffenen Menschen über die Bedeutsamkeit der Rheumaerkrankungen sowie die therapeutischen und versicherungsrechtlichen Möglichkeiten zu veranlassen;
7. alle Bemühungen zu unterstützen, damit im Bereich von Forschung und Lehre an den Deutschen Hochschulen die Rheumatologie der Bedeutung der rheumatischen Erkrankungen entsprechend vertreten ist;
8. über das Ergebnis ihrer Bemühungen bis zum 31. Dezember 1979 dem Deutschen Bundestag zu berichten.

Bonn, den 21. Februar 1978

Frau Dr. Neumeister

Frau Benedix

Frau Berger (Berlin)

Dr. von Bismarck

Braun

Burger

Dreyer

Ey

Frau Geier

Dr. Hammans

Hasinger

Helmrich

Dr. Hubrig

Dr. Jentsch (Wiesbaden)

Frau Karwatzki

Kroll-Schlüter

Landré

Frau Pack

Pohlmann

Sauer (Salzgitter)

Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein

Dr. Sprung

Dr. Stercken

Frau Dr. Wex

Immer (Altenkirchen)

Biermann

Egert

Frau Eilers (Bielefeld)

Fiebig

Glombig

Hansen

Hauck

Jaunich

Kirschner

Krockert

Kuhlwein

Frau Dr. Lepsius

Marschall

Polkehn

Schirmer

Weisskirchen (Wiesloch)

Westphal

Zebisch

Spitzmüller

Eimer (Fürth)

Gärtner

Gattermann

Dr. Haussmann

Paintner

Dr. Wendig

Wurbs

Zywietz

Begründung

Die rheumatischen Erkrankungen haben sich in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland zu der am stärksten belastenden Krankheitsgruppe herausgebildet. Die Zahl der wegen rheumatischer Erkrankungen durchgeführten Heilverfahren der Rentenversicherungsträger liegt vor denen der Heilverfahren für Herz- und Kreislauferkrankungen, Krebserkrankungen und Diabetes. Unter Berücksichtigung vorhandener Erkenntnisse und der Beurteilung der Situation in anderen Ländern ist festzustellen, daß die Behandlung sowie die Betreuung der Rheumatiker in der Bundesrepublik Deutschland erheblich verbesserungsbedürftig ist.

Im Hinblick auf die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen ist es geboten, möglichst frühzeitig durch Einleitung präventiver Maßnahmen das Ausmaß der Rheumaerkrankungen zu reduzieren. Gegenüber der bisherigen Bewertung von Therapie- und Rehabilitationsmaßnahmen wird es für notwendig erachtet, nunmehr der Prävention und Früherkennung den ihr zustehenden Stellenwert einzuräumen. Nur dadurch wird auf Dauer sichergestellt werden können, daß das Ausmaß rheumatischer Erkrankungen in unserem Lande wesentlich verringert wird.